

Telegraphische Depeschen.

* Baden-Baden, 21. Oct. Die Fürstin Elisabeth von Rumänien ist hier angekommen und in dem großherzoglichen Schloss abgestiegen.

* Wien, 21. Oct. Die Adressentwürfe des Herrenhauses liegen in einem Majoritäts- und einem Minoritätsentwurf vor. Der Majoritätsentwurf berücksichtigt mit Beständigkeit den Eintritt der Czaren und erblidt hierin eine Stärkung der Reichsvertretung und eine Anerkennung des Rechtsbodens der Verfassung; er hofft, daß die gemeinsame Thätigkeit aller die Einheit der Überzeugung auch rücksichtlich jener Verfassungsprincipien herbeiführen werde, welche das Herrenhaus seit dessen Bestand vertreten. Er betont schließlich, die Erfüllung der patriotischen Obliegenheiten könne gefördert werden, wenn der Wohlsohn und Kraft des Reiches jeder andere Wunsch untergeordnet werde.

Der Minoritätsentwurf, welcher im wesentlichen die Thronrede bespricht, erkennt in dem freudig begliederten Eintritt der Czaren einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der sehnlich erwünschten Verständigung und Versöhnung und des Zusammensinkens aller Völker auf dem gemeinsamen Boden der Verfassung.

Das Freudenblatt bemerkt, beide Adressentwürfe trügen den Stempel der Mäßigung und des Entgegenkommens und hätten das offensche Bestreben, jedem Conflict den Boden zu entziehen. Die Stellen der selben bezüglich des Eintritts der Czaren bilden den eigenlichen Unterschied zwischen beiden Entwürfen, doch werde man in denselben unmöglich einen prinzipiellen Gegensatz entdecken können. (Wiederholt.)

* Wien, 21. Oct. Das Abgeordnetenhaus hat die von der Partei der Rechten aufgestellten Kandidaten in die Staatschulden-Controlcommission mit 10 Stimmen Majorität gewählt. Eingebracht in das Haus wurde ein Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstamps.

* Wien, 21. Oct. An competenter Stelle hier selbst ist über die im Distrikt Novi Sad angestrichen ausgedrochenen Agrarunruhen nichts bekannt. Die bezüglichen Geschefte sind um so unwahrscheinlicher, als bei dem bekanntlich dasselbst herrschenden Rothlande die Regierung die vom Staate gewährten Unterstützungen ohne Unterschied an Christen wie Mohammedaner vertheilt.

* London, 21. Oct. nachmittags. Die Nachricht des Daily Telegraph von der Eroberung von Merv hat sich in keiner Weise bestätigt, vielmehr läßt sich die Times aus Simla von heute melden, daß die gegen die Tasse-Turkomanen im Felde stehenden russischen Truppen sich behufs Überwinterns an das Kaspiische Meer zurückgezogen haben.

* London, 21. Oct. Aus Simla wird von heute gemeldet, daß nach den letzten dafelbst aus Alithal eingegangenen Nachrichten die feindlichen Grenzen-

stämme infolge des Falles von Kabul sich wieder zerstreuen.

* Mons, 21. Oct. Infolge verweigerter Lohnserhöhung haben heute Morgen an 2000 Arbeiter bei den Produktionsstätten von Hennu und Cipli (südlich von Merv) die Arbeit eingestellt, Störungen der Ruhe sind bis jetzt nicht vorgekommen.

* Petersburg, 21. Oct. Das Journal de Saint-Petersburg constatirt die Unwahrheit der Meldung der Daily News, die britische Regierung habe Russland eine Mitteilung gemacht, welche besage, der Einfluß Englands müsse in Afghanistan betreffs der auswärtigen Beziehungen vorherrschen. — Dem Solos zufolge sollen die gesamten Staatsentnahmen und des Zollamtes für 1880 auf 84,821200 Rub. berechnet sein; 7,12591 Rub. Erhebungsausgaben davon abgezogen, bleiben 77,708609 Rub. als Steuerauftrag. Der Ertrag der Einfuhrzölle sei mit 83 Mill. der der Ausfuhrzölle mit 337000 Rub. berechnet.

(Wiederholt.)

* Petersburg, 21. Oct. Der Regierungsbote veröffentlicht zwei kaiserliche Erlöse, durch welche anlässlich des fünfzigjährigen Gedenktages des Bombardements von Sewastopol der General Tödlev in den russischen Reichsgrafenstand erhoben und dem Admiral Nowosilsky der Adressorden verliehen wird.

* Washington, 21. Oct. Dem hiesigen Gesandten der Republik Haiti ist nunmehr die amtliche Meldung zugegangen, daß in der Nacht vom 3. Oct. in Port-au-Prince eine Revolution ausgebrochen, die provvisorische Regierung gestürzt und eine neue Verwaltung unter General Salomon eingesetzt worden sei.

Das österreichisch-deutsche Bündniß und Russland.

Die officielle wienische Montags-Revue erhält aus Berlin vom 18. Oct. „von ausgezeichnete Seite“, wie sie lautet, ein Schreiben, in dem es heißt:

„Die weitanschauende Politik des Fürsten Bismarck hat sich so oft und so richtig bewährt, daß die deutschen Regierungen kein Bedenken tragen, ihr auch in eine neue Phase mit dem aufrichtigen Vertrauen zu folgen, welches in nicht geringem Grade die politische Stärke Deutschlands darstellt. Die heutige Generation ist in dem Glauben an die Unermüdlichkeit der deutsch-russischen Freundschaft herangewachsen, man hat sich gegenseitig so gute und ernste Dinge geleistet, die Beziehungen der beiden Kaiser zueinander sind von so herzlicher Art, daß der Hinweis auf eine mögliche Veränderung in diesen Beziehungen noch vor zwei Jahren sehr unglaubliche Hörer fand. Erst die feindselige Haltung, welche nach San-Stefano begann und sich bis in die letzten Wochen herein auf russischer Seite in aufsteigender Curve entwickelte, zerriss für-

viele Augen den dichten Vorhang der guten, alten und bis vor kurzem ja auch bewährten Tradition. Nicht daß an eine deutsch-russische Entwicklung von heute zu morgen geglaubt werden möchte. Im Gegenteil. Der Wille des Kaisers wird die gegen Deutschland und alle Welt lärmenden Stimmen zur Ruhe verweisen, aber er vermögt vielleicht doch den Groß nicht auszulöschen, der sich in jenen Stimmen last macht.

Im allgemeinen besteht in Europa die Neigung, die öffentliche Meinung in Russland, oder was darüber zu verstehen, als ein Richt zu betrachten, welches auszulöschen ein einziger Hauch genügte. Daß diese Aussäugung irrig ist, hat der Krieg von 1877 bewiesen, welchen der Kaiser gegen seine Neigung, gegen seine eigene Aufschauung von der militärischen Bereitschaft Russlands, ja gegen seine Überzeugung von der unzureichenden politischen und diplomatischen Vorbereitung eines solchen Unternehmens unter dem Druck einer starken öffentlichen Meinung dennoch begann, wenigstens früher begann, als er selbst für richtig erachtete. Ob eine ähnliche Strömung in Russland stark genug sein würde, den Kaiser auch gegen Deutschland oder gegen Österreich fortzureißen, ist eine im voraus schwer zu beantwortende Frage, bei welcher im entscheidenden Augenblick eine ganze Reihe gewichtiger Umstände mitwirkt. Aber Deutschland und Österreich haben ein Interesse daran, eine Situation zu schaffen, in welcher eine derartige Frage in Russland überhaupt gar nicht auftauchen, wenigstens ernsthaft nicht erörtert werden kann. Weder Deutschland noch Österreich bedrohen die Integrität des russischen Reiches, welchem keine Macht offensiv gegenübersteht. Aber beide Mächte wünschen auch jede Bedrohung ihrer eigenen Integrität ausschließen und dieselbe vor allen Fülligkeiten und Gelegenheiten sicherzustellen, welche den populären Leidenschaften in Russland sich darbieten könnten.

Ein mächtiger Friedenswall in Mitteleuropa, der, wenn er wachsam und achtsam auf seine militärische und politische Stärke hält, jede feindliche Tradition in Europa von vornherein unmöglich macht, haben Deutschland und Österreich-Ungarn eine von der Natur und der geschichtlichen Entwicklung vorgezeichnete gemeinsame Aufgabe, welcher sie sich nicht länger entziehen dürfen.

Russland hatte bisher in Preußen, resp. Deutschland, einen starken Freund, den es von der Beständigkeit der Treue um Treue, welche die Basis jeder Freundschaft ist, in den letzten beiden Jahren nicht mehr genügend zu überzeugen vermochte — nicht daß Russland, welches in der Person seines Kaisers repräsentiert ist, sondern daß Russland, welches auf die Zukunft, auf europäische Entwicklung rechnet und Träumereien nachhängt, welche nicht einmal als solche eine feste Gestalt oder bestimmte Ziele haben.

Russland wird in Zukunft entweder zwei Freunde haben oder keinen, aber an beiden muß ihm viel gelegen sein. Gelingt es, diese Erkenntnis in Russland zu be-

Die Überschwemmung in der Provinz Murcia.

Dem Temps wird aus Madrid vom 18. Oct. telegraphiert:

Die Überschwemmung, welche die Provinz Murcia heimgesucht hat, ist in der Geschichte dieser Gegend ohnegleichen. Noch nie hat man solche Verwüstungen und so viel Verluste von Menschenleben zu beklagen gehabt, selbst nicht bei den Überschwemmungen von 1661. Am Abend des 14. Oct. erhob sich gleichzeitig in den Provinzen Malaga, Almeria, Granada und Sevilla ein von Regen und Hagelschlag begleiteter Sturm. Am nächsten morgens derselbe aber in Murcia und Alicante, in dem Thale des Flusses Segura, wo seit mehreren Monaten eine Trockenheit herrschte, unter welcher der Ackerbau schwer gelitten hatte. Infolge dieses Wassermangels hatte sogar die Auswanderung nach Algerien begonnen. Das Becken der Segura und der Mundo welches von Sierras und Hügeln gebildet ist, ist eine Bega oder angebaute Ebene mit Pachthöfen, Dörfern, Mühlen bedeckt, die oft niedriger liegen als das Bett der in dieser Jahreszeit trocknen Flüsse und Bergstürze. Zwischen 12 und 2 Uhr nachts wälzten die Segura und der Mundo nach heftigstem Sturm eine solche Wassermasse, daß die ganze Landschaft in einen vollständigen Strom verwandelt war, welcher Deiche, Schleusen, Mühlen, Pachthöfe und viele Dörfer hinwegfegte! Rondueras, Gra-Alta, Torre-Aguera, Alcantar, La-Raga wurden mit Hunderten von Häusern beinahe gänzlich dem Boden gleichgemacht und die Vega wird in einer Ausdehnung von 30 Meilen ein großer See, dessen Wässer 70 Kilometer Telegraphenbrücke, mehrere Brücken und Quaßen, endlich auch den Schienenweg vernichtet.

Die Städte Murcia, Orihuela, Lorca wurden mitten in dieser Nacht von dem Elemente ergreift. Das Wasser löste das Gas aus, drang in die Kästen, die Häuser und Kirchen und rief einen panischen Schrecken hervor. Die Behörden und Einwohner von Murcia reiteten bei Fackellicht die Bevölkerung von drei Vorstädten, in welchen ein Damm durchbrochen und infolge dessen 200 Häuser ver-

wüstet waren. Das Hospital stand unter Wasser und die Kranken konnten nur mit Mühe gerettet werden. Der Bahnhof und die Eisenbahn, die Gasfabrik, das Gefängnis und das Institut waren ebenfalls überschwemmt. Am folgenden Morgen errichteten die Behörden Rastplatzstätten in den öffentlichen Gebäuden und dem bischöflichen Palast und die auf Dächern oder in den höheren Stockwerken zurückgebliebenen Einwohner wurden mit Kämmen abgeholt. Die Segura hatte sich an den verschiedenen Stellen des Thales um 3—8 Meter über ihr gewöhnliches Niveau erhoben.

In Murcia hat man 140 Leichen entdeckt; 48 Stunden lang war es unmöglich, den Döfern und Bächen, wo der Schaden ein ganz unabrechenbarer ist, Hölle zu bringen. Das Wasser treibt Vieh, Getreide, Hausrat und Leichen von Bauern, die im Schloß überrascht waren. Man führt viele Beispiele von Heldenmuth an, so namentlich seitens der Bürgergarde (Gendarmerie) und der Geistlichkeit. Orihuela und Lorca wurden in derselben Nacht überrascht und alle ihre Straßen überschwemmt; mit Ausnahme einiger Gebäudefiltrierten alle Häuser ein. Das Geschrei der Opfer, die Verwirrung in der Finsternis führten bis zum Tagesanbruch furchteter Aufritte herbei. Als man mit Hölle der schnell von Cartagena und Alicante auf Schiffen herbeigeeilten Truppen und Seelen zum Rettungswerke scheiten konnte, wetteiferten der Gouverneur, die Bischöfe, die Spitäler der Behörden und der Einwohnerhaft um den Preis; man gebrauchte außer den Kämmen auch Fuhrwerke, denen das Wasser bis an die Achse ging.

Die Zahl der Opfer übersteigt in Murcia 200, in Orihuela 50, in Lorca 60; in den Dörfern und im Thale, wo sie noch nicht festgestellt sind, müssen sie sich auf mehrere hundert belaufen. Der materielle Schaden wird in Murcia allein auf mehr als 25 Mill. Frs. veranschlagt. Ein in der Amtzeitung von Madrid erschienenes Rundschreiben des Ministers des Innern eröffnet eine Nationalsubscription. Der König wird Montag früh mittels Separatjugs nach Murcia fahren und die überschwemmte Gegend zu Pferde und zu Schiff durchziehen, um dann über Cartagena zurück-

zu ziehen. Auch aus Almeria und Malaga wird von Überschwemmungen, materiellem Schaden und Verlust von Menschenleben berichtet. Heute steht das Wasser im Hafen, des Abends aber lauten die Nachrichten wieder beruhigend. Die Zahl der Obdachlosen von Murcia und Orihuela wird auf 20000 geschätzt.

Vom 19. Oct. wird demselben Blatte aus Madrid telegraphiert: „Der Schaden wird auf mehr als 60 Mill. Frs. veranschlagt. In der Provinz Murcia kamen über 500 Menschen um; 3500 Häuser und 120 Mühlen wurden vernichtet. Auch in den Provinzen Almeria und Malaga sind die Verluste groß, dergleichen in den vom Sturme heimgesuchten kleinen Häfen der Provinz Alicante. In den Vorstädten von Lorca, Orihuela, Murcia sind Hunderte von Häusern eingeschlüpft oder vorsichtshalber geräumt. Der König hat 50000 Frs. gespendet, die Prinzessin von Asturien 5000 Piaster.“

In Paris lädt der spanische Botschafter, Marquis v. Molins, durch die Blätter zu Bezeichnungen für die Überschwemmten von Murcia ein. Die Presse, ohne Unterschied der Farbe, nimmt an dieser Subscription einen lebhaften Anteil.

Leipziger Kunstgewerbeausstellung.

Gruppe V. Graphische Künste und Gewerbe. (Fortschreibung.)

Auf keinem andern Gebiete ist der kunstgewerbliche Fortschritt der letzten Jahre so deutlich wahrnehmbar wie auf dem der Buchbinderei. Dieser Zweig der Kunstechnik, der schon vor der Erfindung der Buchdruckerkunst in Deutschland in Blüte stand, war in der Neuzeit mehr als jeder andere der Verwildertung

Festigen, so wird unsren östlichen Nachbarn daraus sehr bald die Ueberzeugung erwachsen, daß Deutschland und Österreich ihm durch ihr festes Uneinanderschließen den besten Freundschaftsdienst geleistet haben."

In ganz ähnlichem Sinne spricht sich die Kölner Zeitung darüber aus. Sie sagt:

Rußland ist im Orient vollständig lähm gelegt, weil es jetzt nur auf sich selbst bauen kann. Ein hochgestellter russischer General antwortete im August 1877, als die Dinge vor Plewna sich für Rußland so schlimm anliehen, auf die Frage, was Rußland thun würde, wenn Österreich die Rückzugslinie seiner Armee bedrohen wollte: „Ach was, das geht uns nichts an; unsere Rückendeckung wird von Berlin besorgt!“ Heute hat die unsinnige Politik Gortschakow's es dahin gebracht, daß eine Wiederholung einer solchen Sprache nicht mehr möglich, somit auch weitere Eingriffe Rußlands im Orient verhindert erscheinen. Und darin liegt eine Übergeschäft für den Frieden, und wenn man bedenkt, daß Rußland desselben mindestens ebenso bedürftig ist als alle andern Staaten, so sollten die Russen dem Fürsten Bismarck eigentlich sehr dankbar sein, daß er ihnen die Gelegenheit zu weiteren Abenteuern abgeschnitten hat. Das expansive, pauslawische Rußland ist für uns eine Gefahr; mit dem, wenn auch zunächst zwangswise Frieden haltenden Rußland können wir im besten Einvernehmen leben, da wir von ihm nichts wollen und Rußland von uns nichts — bekommt. Dass man sich in Rußland mit bedrohlichen Plänen trug, dass es mit den Preßbeherrschern doch viel auf sich hatte, beweist Fürst Gortschakow im Soleil und jetzt Fürst Bismarck durch den Vertrag. Oder hält man den Fürsten, den anerkannten Meister im diplomatischen Spiele, wirklich für so unweise, daß er ohne tiefere Veranlassung jenen großen Schritt gethan und mit einer alten, ehemals innigen Freundschaft gebrochen hätte, die noch dazu durch bekannte Einsätze gestärkt wurde? Bismarck muß gewußt haben, daß große Gefahren vorhanden waren, denen er im Interesse seines Landes vorbeugen mußte, und zwar so rasch und entschieden, wie er es gethan hat.

Die elbinger Schulangelegenheit.

* Leipzig, 22. Oct. Das Vorgehen des neuen Cultusministers v. Puttkamer gegen die von allen competenten Instanzen bis dahin genehmigte und bereits in Vollzug begriffene Zusammenlegung der verschiedenen Confessionschulen in Elbing zu einer ungetrennten Gemeindeschule hat so viel Aufsehen gemacht und so viel berechtigten Widerspruch hervorgerufen, daß eine genaue Verfolgung dieser ganzen Angelegenheit sowohl in ihrer weitern Entwicklung als auch in ihren Vorstadten geboten erscheint. Eben jetzt nun bringt die Volks-Zeitung (und nach ihr andere preußische Blätter, auch die «Post») einen ausführlichen Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung zu Elbing vom 17. Oct., welcher nähere Einblicke in den Sachverhalt nach beiden Seiten hin gewährt, und welchen wir daher nachstehend wiedergeben. Er lautet:

nachstehend wiedergegeben. Er lautet:

Der Oberbürgermeister Thomale gab eine genaue Darstellung der Angelegenheit betreffend die Siftung der Eröffnung der Bezirksschule und seiner Reise nach Berlin, um dem Herrn Cultusminister die Angelegenheit persönlich vorzustellen. Der Herr Minister habe keine bestimmte Antwort gegeben, aber sich geeignigt erklärt, noch einen Bericht entgegenzunehmen. Er selbst habe diesen Bericht am 12. Oct. verfaßt; die ministerielle Antwort sei ablehnend ausgefallen. Ueber den Inhalt derselben theilte Dr. Thomale Folgendes mit: Der Minister stützt sich auf die Beschwerde von Kollberg und Genossen und meint, daß die katholischen Hausväter um Aufhebung der Simultanschule gebeten hätten. Dieser katholischen Hausväter, bemerkte der Redner, sind in der That aber nur drei gewesen. Der Minister habe dann weiter ausgeführt, daß ihn keine andere als fachlichen Erwägungen leiteten. Die katholischen Lehrer wären in den Bezirksschulen verhindert worden, ihren kirchlichen Pflichten

anheimgefallen. Die Kraft und Fülle, mit welcher derselbe heute wieder seine Blüten entfaltet, ist ein sprechender Beweis für die innerliche Gesundheit und Lebensfähigkeit der deutschen Industrie. Nirgends jedoch können wir uns besser von dieser segensreichen Wandlung überzeugen als gerade in Leipzig, das für Deutschland der Hauptstätt des betreffenden Kunstgewerbes ist. Arbeitstheilung und Maschinenbetrieb haben hier die Leistungsfähigkeit in staunenswerthem Grade erhöht; die Sammlungen der Kunstmuseum haben ein reiches Material des Studiums ergeben und manche längstvergessene Technik sowie das Verständniß für passende Ornamentation in die Werkstätten eingeführt, und so tritt uns in dem engen Rahmen der Ausstellung ein überraschender Reichthum mustergültiger, künstlerisch vollendeter Erzeugnisse entgegen. Unverkennbar kommt in denselben das Bestreben zum Ausdruck, den technischen Manipulationen der Herstellung wie der ästhetischen Behandlung gleiche Sorgfalt zuzuwenden und nach dem Beispiel der ältern Künstlerarbeiten die äußere Ausstattung in gewissem Sinne dem Inhalte des Werkes anzupassen.

Einen höchst erfreulichen Anblick gewähren die Lederarbeiten durch ihre Einheit und Eleganz. Nachdem das Leder als Kunstmateriale in den beiden letzten Jahrhunderten fast völlig vernachlässigt worden und vor kurzem noch von der Luxusindustrie nur als Grundlage für Beziehungen in Holz, Elfenbein, Bronze, Gold, Silber, Email und Edelsteinen benutzt wurde, ist man neuerlich, zuerst in Frankreich und England, auf dem richtigen Wege vorgegangen, indem man die Lebereinbände des 16. Jahrhunderts mit ihren zierlichen und an-

nachzulommen, daß sei eine Thatsache! Es sei eine Thatsache, daß die katholischen Lehrer Sonntags nicht hätten in die Kirche gehen und auch nicht die Sakramente hätten empfangen können. Es sei Thatsache, daß dem katholischen Glauben durch die Simultanschule die schlimmste Gefahr drohe. Die Simultanschule sei eine Bedrückung der Religionsfreiheit. Der Minister erkennt an, daß der Magistrat allerdings formell zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen sei; aber auch nur formell; deshalb dürfe er (der Minister) die Vorstellungen von Kollberg und Genossen nicht unberücksichtigt lassen. Im übrigen laufen die Prinzipien des Ministers darauf hinaus, daß er nur für die Katholiken seine Simultanschulen haben will.

Da nun, fährt Dr. Thomale fort in seinem Berichte, für den Augenblick mit den Verhältnissen gerechnet werden muß, so habe er mit dem Magistrat und der Schulcommission bereits Rücksprache genommen, und sei beschlossen worden, daß der Unterricht am Montag wieder beginnen sollte. Die Katholiken würden dann wieder in ihre Schule in der Fischerstraße gehen. Die Lehrer seien bereits wieder neu vertheilt und die Knaben würden alsbald umgeschult werden. Damit würde die Schule dann vorläufig wenigstens wieder in Gang gebracht. Um nun zu beweisen, daß er nicht nur „formell“, sondern auch materiell und in seinem Gewissen zu seinem Vorgehen in der Simultanisierung unserer Volksschulen berechtigt gewesen sei, führt Dr. Thomale aus, daß die damiger Regierung immer für die Simultanisierung gewesen und so auch im Jahre 1877 die Petition von Bonnwald und Genossen ohne weiteres zugeschlagen habe. Der Herr Minister brauche die formelle Berechtigung nicht anzuerkennen, da die factische unzweifelhaft dagewesen sei; wäre doch auch die Simultanisierung der Mädchenschulen mit der unbedingten Zustimmung der Regierung durchgeführt worden.

Was die Katholiken anbelange, so wären gerade sie es, die die Schuld daran trügen, daß das neue Schulhaus hätte gebaut werden müssen; denn sie hätten sich geweigert, ihre Schule zur Simultanisierung herzugeben. Ferner sehe eine ministerielle Verfügung vom 19. Jan. d. J. die Durchführung der paritätischen Schule als selbverständlich vor- aus. Gewiß hätte der Minister recht, daß er annähme, unser Magistrat habe in gutem Glauben gehandelt; er habe aber unrecht, wenn er die factische Berechtigung zu der Simultanisierung bestreite. So wie die Sachen liegen, sei es geradezu eine Beschämung, daß man in unsere Schulorganisation einzugreifen wage. Die Beschwerde der paar Katholiken könnte keinen stichhaltigen Grund für eine solche Maßregel wie die ministerielle geben; denn der Religionsunterricht sei immer regelmäßig, soweit wie möglich, ertheilt worden, und directe Thatachen, daß die Simultanschule den Religionsunterricht störe, seien absolut nicht erbracht worden.

Zum Schlusse versichert Dr. Thomas noch, daß der Magistrat und die Schuldeputation in dieser Angelegenheit ihre Pflicht gethan hätten, daß sie gethan, was in ihren Kräften gelegen. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte erklärt der Referent der betreffenden Abtheilung, daß die Stadtverordnetenversammlung sich bei der Entscheidung des Ministers nicht beruhigen könne; die Abtheilung stelle den Antrag, „die Versammlung möge dem durch die ministerielle Verfügung geschaffenen Zustand nicht anerkennen, sondern als provisorisch erklären.“ Dr. Dr. Jacobi beantragt, daß sich die Stadtverordnetenversammlung in Gemeinschaft mit dem Magistrat beschwerdefüllend an das Abgeordnetenhaus wenden möge. Dr. Wagensfabrikant Kollberg: Sein Name sei nur an die Spitze der Petition gestellt worden, weil er Vorsitzender des Kirchenvorstandes sei.

Lebzigens freuten alle guten Protestanten sich ebenso sehr über die Entscheidung des Ministers wie die Katholiken. Weiterhin wird vorgeschlagen, an das Abgeordnetenhaus und an das Herrenhaus zugleich eine Beschwerde einzusenden. Dieser Vorschlag findet lebhafsten Beifall.

Bei der Abstimmung wird mit 46 gegen 3 Stimmen beschlossen:

„Die Stadtverordnetenversammlung legt gegen die Verfüllung des Cultusministers Verwahrung ein und erklärt die jetzige Lage unserer Schulorganisation für eine proletarische.“

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird beschlossen:
„Die Stadtvertordnetenversammlung zieht im Ein-

vernehmen mit dem Magistrat eine Beschwerde gegen das
Vorgehen des Cultusministers sowohl an das Abgeordneten-
haus wie auch an das Herrenhaus und er sucht den Magistrat,
diesen Schritt vorzubereiten.“

Or. Kollberg bittet, die neue Schule vorläufig den Katholiken einzuräumen, da das Gebäude der katholischen Schule baufällig sei. Es wird indessen mit 47 Stimmen gegen 2 beschlossen, daß die neue Bezirksschule den Katholiken nicht eingeräumt werde, sondern nur dem Zwecke zu dienen habe, für den sie gebaut ist, d. h. daß nur eine Simultanschule in dem neuen Gebäude Platz finden soll.

Beinerkenßwerth ist übrigens, daß selbst der „Post“, die als freiconservatives Organ mit ihrer Partei eigentlich gegen Simultanschulen ist, dennoch wider das Vor-gehen des Hrn. v. Puttkamer in der elbinger Schul-sache Bedenken beigegeben, denen sie in der folgenden Betrachtung Ausdruck gibt.

„Die elbinger Schulangelegenheit entzieht sich trotz der endgültigen Entscheidung des Cultusministers noch immer der Beurtheilung. Denn die Gründe, welche zu derselben geführt, sind bisher in authentischer Form nicht bekannt geworden, und es müssen doch jedenfalls Gründe der schwerwiegendsten Art gewesen sein, welche zur Aufhebung einer von der Schulverwaltung genehmigten, von der Gemeinde mit erheblichen Opfern dem Abschluße nahe gebrachten Schulordnung veranlaßt haben. Es läge daher im Interesse der Unterrichtsverwaltung selbst, mit dem Grunde ihrer Entscheidung nicht zurückzuhalten, und zwar um so mehr, als auch die äußere Behandlung der Angelegenheit zu anscheinend nicht unbegründeten Ausstellungen Anlaß gibt und diejenige Version über den Inhalt des ministeriellen Erlasses, welche nach Berichten über die am 17. Oct. in Elbing abgehaltene Stadtverordnetenversammlung verbreitet ist, schwerlich ganz richtig ist.“

Deutsches Reich.

X Berlin, 21. Oct. Der gestern in Frankfurt erfolgte Tod des Staatsministers v. Bülow raubt den Reichskanzler eines ausgezeichneten und zuverlässigen Mitarbeiters. Die Stellung des Verstorbenen war nach außen wenig hervortretend, aber alle den Geschäften näher Stehenden haben seine außerordentliche Arbeitskraft würdigten gelernt. Sein Verhältnis zum Reichskanzler war von dem innigsten Vertrauen getragen und wurde durch eine seltene Verständnisfähigkeit und Uebereinstimmung in den Grundanschauungen der beiden Staatsmänner erleichtert. Was auch weitern Kreisen nicht entgangen ist, ist die Ebenbürtigkeit, die vielseitige geistige Bildung und die unantastbare Rechtlichkeit des Verstorbenen. Diese Eigenschaften waren es auch besonders, die ihn zu dem Berthele mit den fremden Diplomaten befähigten, welchen der Reichskanzler längst nicht mehr persönlich führt.

— Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man auf Berlin vom 21. Oct.: „Nach hier verbreiteten Geschichten wäre der Minister des Innern Graf Eulenburg zum Staatssecretär im Auswärtigen Amte an Stelle Bülow's designirt und würde Hr. Bitter das Ministerium des Innern übernehmen. Als Finanzminister wird überraschenderweise Dr. Friedenthal genannt. — Wie aus guter Quelle verlautet, gehören die «Frictionen» der «Grenzboten» der Vergangenheit an. (Es bezieht sich dies auf den von von uns in Nr. 245 wiedergegebenen Artikel der «Grenzboten», worin von «Frictionen», d. h. von

gewerbe in vollstem Maße entsprochen. Nach künstlerischen Entwürfen sind mittels prächtig gravirter Platten, wie solche gleichfalls ausgestellt sind, gefällige Muster als Blinddruck, Farbendruck und Golddruck durch die Maschine auf Leder, Pappe und Leinwand übertragen.

Bezüglich der künstlerischen Ausschmückung müssen zunächst die reichhaltigen, den heutigen Standpunkt der Ornamentik für Einbände veranschaulichenden Collectionen von Gustav Fritzsche in Leipzig und Eduard Pachtmann in Dresden erwähnt werden, welche vom Leipziger und dresdener Gewerbemuseum entworfene Blätter aufweisen. Vorherrschend ist die Lederpressung mit Hand- und Pressvergoldung. Unter den von Fritzsche ausgestellten Prachtwerken ist ein Folioband, Johannes Scherr's „Germania“, durch die Ausschmückung in verschiedenfarbigem Leder, Gold und Bronze, nach dem Entwurf des Architekten Theuer in Wien, von bedeutender Wirkung. Höchst effectvoll in der Ornamentik ist der Einband zu Leander's „Träumereien“, nach Zeichnung des Architekten Ackerlein in Leipzig. In einem Album von Pachtmann sind die nach kleinen in der nürnbergischen Stadtbibliothek befindlichen Originalen ausgeführten Beschläge vorzüglich bemerkenswerth; der Schnitt dieses Albums ist mit dem Punzen ciselirt. Durch harmonische Farbenstimmung wirken namentlich die Einbände zu den Werken von Anastasius Grün mit sehr schönen Mosaikbeden und vorzüglicher Handvergoldung, die J. F. Bösenberg in Leipzig nach Zeichnungen von Walther Bösenberg ausgeführt hat; nicht weniger künstlerisch sind die farbenprächtigen Einbände mit Kreuzverzierung, ausgeführt

Schwierigkeiten die Rebe war, welche der Reichskanzler bei seinem Vorgehen gegenüber dem feindseligen Auftreten Russlands gefunden habe.) — An der Existenz eines in aller Form abgeschlossenen Schutzvertrages mit Österreich ist nicht zu zweifeln.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger meldet: „Se. Maj. der Kaiser und König haben allernächst geruht, dem Präsidenten des vormaligen Reichs-Oberhandelsgerichts, Wl. Geheimrath Dr. Pape, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Albrechts-Ordens zu erteilen. — Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Staatsminister v. Böllow ist auf dem Wege nach Cannes gestern in Frankfurt a. M. einem Nervenschlag erlegen. Die Hingabe für den Dienst und die unermüdliche Thätigkeit, welche seine Gesundheit untergraben haben, sichern ihm ein ehrendes Andenken.“

Die National-Liberale Correspondenz bemerkt: „Immer von neuem wird uns versichert, die Verhandlungen mit Rom seien so weit gediehen, daß ihr Abschluß schon so gut wie vollzogen sei; der Landtag werde uns bereits vor einer vollendeten Thatsache finden. Inwieweit diese Meldungen die augenblickliche Situation richtig bezeichnen oder den Ereignissen voranliegen, wird nur wenigen Menschen bekannt sein. Auch die ultramontanen Blätter haben keine nähere Kenntnis von der Sachlage; sie begnügen sich, die Friedensbolschaffen zu reproduzieren, sie aber mit Fragezeichen, Vorbehalten und zweifelnden Glossen zu versehen. Man wird daraus wohl schließen dürfen, daß auch die Führer des Centrums von dem Gange der Verhandlungen keineswegs in Kenntniß gehalten, lehre vielmehr über deren Köpfe hinweggeführt wurden, ein Vorgang, der während des ganzen Verlaufs dieser Angelegenheit zu bewerten gewesen. Der Landtag wird uns nun, wenn auch nicht die volljogene Thatsache des Friedensschlusses, doch jedenfalls einen klaren Einblick in die gegenwärtige Situation bringen. Wenn nicht von Seiten des Centrums, so wird ganz entschieden von liberaler Seite darauf gehalten werden, über die Ziele unserer katholischen und Schulverwaltung eine umfassende und erschöpfende Darlegung des Cultusministers zu extrahieren. In dem jetzigen Halbdunkel können die Dinge unmöglich länger gelassen werden, wenn nicht unser ganzes politisches Leben in die bedauerlichste Unsicherheit gerathen soll.“

Der Volks-Zeitung wird geschrieben: „Immer mehr stellt es sich heraus, daß es sich bei den dem nächst beginnenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich keineswegs um den Abschluß eines Zolltarifvertrages, geschiehe denn eines Zollbündes handelt. Man theilt einen Ausspruch des Reichskanzlers Fürsten Bismarck mit, wonach dieser geäußert habe, daß keine einzige Position des autonomen deutschen Zolltarifs eine Änderung erfahren solle. Darüber soll der Reichskanzler in Wien keinen Zweifel gelassen haben, daß unter keinen Umständen von einer Compensation gegen die im deutschen Zolltarif bestimmten Zölle auf landwirtschaftliche Produkte bei den Verhandlungen die Rede sein könne. So weiß man auch in maßgebenden Kreisen nichts von der Nachricht, daß infolge der hohen Getreidepreise die Frage erörtert werde, ob nicht eine Hinausschiebung des Termins bis 1. Jan. 1880 für das Inkrafttreten der Getreidezölle geboten erscheine. In Bundesrats-

kreisen ist von einer solchen Eventualität nichts bekannt, und im Schamal wird an den für die Einführung der Getreidezölle notwendig werdenden Ausführungsbestimmungen eifrig gearbeitet. Im übrigen würde zu einer Hinausschiebung des Einführungstermins der Getreidezölle die Einberufung des Reichstages und dessen Zustimmung erforderlich sein, da die Reichsverfassung den bekannten Octroyierungsparagraphen der preußischen Verfassung nicht kennt.“

Man schreibt der «Tribune» aus Wien: „Wenn hiermit mit der Regierung in Verbindung stehende Blätter behaupten, die Abmachungen des Fürsten Bismarck mit den österreichischen Staatsmännern in Wien hätten nicht zu einem förmlichen Allianzvertrage geführt, so steht dieser Behauptung die Thatsache entgegen, daß der Allianzvertrag, über welchen sich das Deutsche Reich und die Österreichisch-Ungarische Monarchie gegenseitig verständigt haben, am 5. Oct. d. J. von beiden Mächten unterzeichnet worden ist. Ob dieser Vertrag einen bloß defensiven Charakter hat, darüber zu streiten, scheint müßig zu sein. Jedes Schutz- und Trutzblatt kann unter Umständen einen äußerlich offensiven Charakter annehmen.“

Dem Berliner Tageblatt war aus London berichtet worden, daß die Reise, welche der londoner Botschafter Graf Münster nach Deutschland angetreten habe, in den londoner politischen Kreisen als eine diplomatisch hochwichtige bezeichnet werde. „Botschafter Münster soll der Mittler ungemein weittragender und vertraulicher Mitteilungen zwischen Lord Beaconsfield und dem Fürsten Bismarck sein. Graf Münster brachte jüngst lange Zeit mit Marquis Salisbury und Lord Beaconsfield zu. Man sagt, der englische Premier plane und schlage ein Arrangement vor, welches bestimmt sei, den Einfluß Russlands auf die europäische Politik auf das gründlichste zu begrenzen.“ Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dagegen meldet: „Der Botschafter in London, Graf Münster, hat wie alljährlich einen Urlaub angetreten, um als Landtagsmarschall die Verhandlungen des hannoverischen Provinziallandtages zu leiten. Die von verschiedenen Blättern an die Reise des Grafen Münster geknüpften Combinationen dürften sonach jeder Grundlage entbehren.“

Der Vorstand des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins hat am 14. Oct. an den Fürsten-Reichskanzler eine die Arbeiterinvalidenklasse betreffende Eingabe gerichtet. In dieser wird erwähnt, daß der Verein in seiner letzten in Offenbach a. M. abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Monatssversammlung einstimmig den nachstehenden Beschluß gefaßt hat:

Die Versammlung hält den von dem Mitgliede des Deutschen Reichstages Hrn. Stumm gefestigten Antrag auf Errichtung von Altervervorsorgungs- und Invalidenklassen und die Beschlüsse der zur Beratung derselben niedergesetzten Commission für geeignet, um die für die Versicherung nicht bloss der Fabrikarbeiter, sondern möglichst der ganzen Arbeitervölkerung gegen Altersschwäche und Invalidität unentbehrliche Thätigkeit des Staates anguregen.

Wur nicht einstimmig, aber mit sehr starker Majorität habe ferner, wie es weiter heißt, der Verein noch ausdrücklich zu erklären beschlossen, daß er auf seinem früheren, oben wiedergegebenen Standpunkte stehen bleibe und den Zwang gegen Arbeiter und Arbeitgeber als ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung der allgemeinen Arbeiterversorgung ansche. Auch sei einstimmig ausgesprochen worden, daß eine Abtrennung

der Krankenkassen von den Invalidenklassen notwendig erscheine.

Preußen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet: „Es darf wol jetzt mit Sicherheit angenommen werden, daß Se. Maj. der Kaiser und König am 28. Oct. den Landtag im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses in Person eröffnen wird.“

Offiziös wird mehreren preußischen Blättern aus Berlin geschrieben:

Ein hiesiges national-liberales Organ macht der Wahlpolemik der Regierung den Vorwurf der Illwilligkeit, weil dieselbe vor den Wahlen den Glauben zu erwecken versucht habe, in Zukunft die Reformen nicht mit den Liberalen, sondern gegen dieselben durchzuführen. Dies sei eine einfache, unleugbare Thatsache. Die Provinzial-Correspondenz hat indes auch nicht an einer einzigen Stelle — ebenso andere anerkannte Organe der Regierung — von Reformen, welche gegen die Liberalen durchgelebt werden sollten, gesprochen. Die Provinzial-Correspondenz hat unermüdlich auf die Wirtschaftspolitik der Regierung als den einzigen Gesichtspunkt, welcher für die Wahlen maßgebend sei, hingewiesen und sich darin nicht beirren lassen durch die Bemühungen von liberaler und konservativer Seite, die andere Fragen für die Wahl aufgestellt und das Verhältnis der Regierung zu denselben klar gestellt wissen wollten. Was aber die Wirtschaftspolitik in sich begreift, so ist es unerhörtbare Thatsache, daß der von der Regierung eingenommene Standpunkt von bedeutenden Persönlichkeiten liberaler und nationaler Richtung von Anfang an getheilt worden ist und noch getheilt wird.

In der Neuen Preußischen Zeitung befindet sich folgende Aufforderung: „Diejenigen Herren Abgeordneten, welche sich zu einer großen conservativen Fraktion vereinigen wollen, werden gebeten, sich am 27. Oct. abends 8 Uhr im Abgeordnetenhaus, Zimmer Nr. 8, einzufinden. v. Rauchhaupt, v. Minnigerode, v. Liebermann, v. Busse.“

Die «Germania» registriert die in liberalen Blättern kundgegebenen Combinationen hinsichtlich der Präsidentenwahlen für das Abgeordnetenhaus und bemerkt dazu: „Das erste Wort in dieser Frage gehört den Conservativen, die nach ihrer numerischen Stärke das Präsidium beanspruchen.“

Die liberale Danziger Zeitung schreibt: „Der von einigen Seiten gemachte Versuch, Hrn. v. Bennigsen wieder als ersten Präsidenten des Hauses zu gewinnen, mag geeignet sein, manche sich auf conservativer Seite sonst ergebende Schwierigkeit zu beseitigen; wir glauben aber nicht, daß eine solche Wahl bei der augenblicklichen Sachlage im Interesse der liberalen Partei läge. Wir würden lieber den Conservativen und Konservativen, welche ja bei den Wahlen so einträchtig zusammenwirkten und von der Regierung gemeinsam unterstützt wurden, auch die Wahl des Präsidiums überlassen.“ Dazu bemerkt die National-Zeitung: „Wir unsrerseits fühlen uns noch vollständig außer Stande, uns ein Urtheil darüber zu bilden, in welcher Weise die liberalen Interessen am besten gewahrt werden können. Die Dinge sind noch so wenig ausgezogen, daß jede thatächliche Unterlage für eine abschließende Meinung fehlt. Bei den schwierigsten Fragen, die jetzt zur Verhandlung stehen und deren Behandlung auf lange Zeit unsere Geschichte festlegt, ist die Combination des Augenblicks gewiß nicht entscheidend; aber ebenso wenig hat die liberale Partei irgend Ursache, in pessimistischer Verstimmung die Regierung den Extremen zuzudringen. Darin hat un-

stet. Die Arbeiten dieses Ausstellers zeigen häufig Elemente der Renaissance wie des Rococostils. Ein großer Octavband von Adolf Bube in Leipzig: „Sonates pour le piano de Bach“, ist bei aller Einfachheit geschmackvoll; Hermann Graf in Altenburg zeichnet sich durch eine vollendete Technik, namentlich durch Genauigkeit und Sicherheit in der Handvergoldung sowie durch die bis in die feinsten Linien saubere und sorgfältige Mosaik und Bronzer verzierung aus. Die Firma Hermann Crusius, vielleicht die älteste für Buchbinderei in Leipzig, hat unter anderem ein Photographienalbum in grünem Leder ausgestellt, dessen Randverzierungen in Gold nach Muster im Kölner Dom entworfen sind. Aus der nicht sehr umfangreichen, aber darum nicht weniger interessanten Collection von Große u. Barthel in Leipzig wollen wir nur die Einbände mit Delftschabdruck auf Leinwand sowie die in Saffian mit Mosaikverzierung und mit den neuerlich wieder in Aufnahme gekommenen ciselirten und bemalten Schnitten erwähnen. Hermann Gundermann in Weimar hat in der Art der Cassetteneinbände mit vertieften Fällungen und eingepreßtem Goldornament ein Album von sehr sauberer und sorgfältiger Arbeit ausgestellt. Die zahlreichen und mit Verständniß für vortheilhafte Beleuchtung arrangierten Objekte von J. R. Herzog in Leipzig zeigen eine technisch musterhafte Behandlung und eine brillante Farbentechnik, welche die Wirkung der künstlerischen Zeichnungen ungemein erhöht; als Stilrichtung tritt hier öfters der Naturalismus auf. Unter den vielen prächtigen Einbänden heben wir den für Goethe's „Hermann und Dorothea“ und einen andern für das orientalische Teppichwerk von

Julius Lessing hervor. Ferdinand Halle in Leipzig zeigt eine echt künstlerische Auffassung und große Fertigkeit in der Freihandvergoldung; von E. Knothe in Bittau ist eine geschmackvolle Bildervermappe in grünem Saffian mit schönen Bronzeinslagen beachtenswert. Zu den Meistern in der Handvergoldung gehört F. W. Vogel in Jena, der mit wenigen, aber gelegenen Arbeiten vertreten ist. Das bedeutendste unter den Ausstellungsobjekten von W. Schäffel in Leipzig ist wohl der in edlem Stil gehaltene Einband des Werkes „Monumenta des Mittelalters und der Renaissance aus dem sächsischen Erzgebirge“, von Professor Zur Straßen entworfen und mit alleiniger Ausnahme des Schriftsatzes in Handarbeit ausgeführt, mit fein ciselirten Metallbeschlägen. Unter den zahlreichen eleganten und soliden Arbeiten von Hübner u. Denk in Leipzig ist besonders der Band „Lafontaine's Faubel“ von Gustav Doré mit Schwarz- und Golddruck durch prächtige Ornamentierung ausgezeichnet. Die Ausstellung von H. Sperling in Leipzig weist hauptsächlich große Ausstattungswerke auf, darunter einen Riesenband mit Ledermosaik nach dem Entwurf des Architekten Weichardt in Leipzig. Als einer der künstlerisch schönsten Prachtbände von Julius Hagen in Leipzig ist der kleine Band Bodenstedt's „Mirza Schaffy“ hervorzuheben, dessen Zeichnung (von dem leipziger Architekten Jummel) dem orientalischen Charakter des Werkes mit vielem Geschick angepaßt ist. Als Erzeugnisse der Handarbeit sind ein prachtvolles Photographienalbum von Karl Heinze in Dresden sowie die Monogramme, Wappen u. Co. von Rudolf Francke in Halle a. S. interessant.

Aus Cuxhaven erzählt das Schleswig-Holsteiner Tageblatt: „Unlängst erschien auf dem Bureau des Gemeindeschreibers zu Geestendorf eine dort als Dienstmagazin gebildete fixe junge Dirne aus Franzenberg bei Cuxhaven, um sich zur Ortskontrolle anzumelden. Hier entpann sich nun zwischen der Prostitute und dem Beamten folgender heiterer Dialog: „Wie alt sind Sie?“ „Dat weet ic nich so genau; wie Franzenberg, dat weet Se ja, siert nie'n Geburtstag.“ „Ich muß es aber doch wissen.“ „Nu, et shall wull so an die Siebzehnzig Jahr find.“ „Welcher Religion gehören Sie denn eigentlich an?“ „Ich bin so recht düttig wie wie altestos in Franzenberg; wie glööt nich an den Papst, mar blott an den lieben Herzgott und den ollen Bismarck, — denn annern Kraus kennt wie nich. O'Abjas ol! Sprach's und empfahl sich, ohne weiter eine Wiene zu verziehen.“

Im Verlage von H. Ulrich in Berlin erschien soeben in deutscher Ausgabe die in Amerika in 100000 Exemplaren verbreiteten beliebten Lieder „Gold und Silber“ von Dank und „Süße Heimat“ von Henry Cooper sowie das reizende tiroler Lied „S. Hensterlin“ von Bradofsky. Ferner die Klavierausgabe des braunschweigischen Potpourris „Wandbild“ von Ernst Scherz, welches fast allabendlich bei Böse in Berlin gespielt wird.

Das kleine Schriften „Die Philosophie Arthur Schopenhauer's in ihrer Relation zur Ethik. Von Johann Michael Tschöfen“ (München, Theodor Admann) enthält eine Polemik gegen Schopenhauer's Moralprinzip, nach welchem das „Mitleid“ die oberste Triebfeder aller moralischen Handlungen sein soll.

Der bekannte Culturnhistoriker Henne-Ammann schreibt jetzt eine „Culturgechichte des Jubenthums von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart“, wo von soeben die 1. Lieferung erschienen ist (Bonn, Rubenstein). Ferner ein ganz verbündliches und interessantes Unternehmen.

"Idee danziger Collegen allerdings recht, daß eine Koalition von Centrum und Conservativen, unterstützt von der Regierung, die Lage sehr vereinfacht haben würde; von jehler sind aber den mittlern Parteien die schwersten Aufgaben erwachsen, und wer dieselben für die Zukunft vermeiden und nach politischer Behaglichkeit streben will, der darf dieses Austrühen in den liberalen Reihen am wenigsten suchen."

— Berliner Blättern entnehmen wir die folgende Mittheilung: „Die Stellung des Centrums zu den erwarteten Eisenbahnvorlagen ist schon oft Gegenstand von allerlei Vermuthungen gewesen; jedenfalls verstehten es die ultramontanen Führer vortrefflich, aus ihrer Meinung ein Geheimniß zu machen, um sich für den entscheidenden Augenblick freie Hand zu währen. So ist Windthorst-Meppen direct befragt worden, wie er und seine Partei zu der wichtigen Frage sich stellen würden. Aber wie vorauszusehen, hat nach einem uns soeben zugehenden Privattelegramm die kleine Exzellenz mit gewohnter Schlaueit die Antwort dahin ertheilt, die Abstimmung des Centrums in der Eisenbahnangelegenheit werde zunächst von dem Inhalte der betreffenden Regierungsvorlagen, sobann aber von der Fraktionsberathung abhängig sein. Nun wissen's die Wähler des pfiffigen Herrn oder vielmehr: nun sind sie so klug wie vorher. Von dem, was in der Fraktionsberathung das allein entscheidende Moment sein wird, von dem Umstände, ob die Regierung unsern Dunkelmännern Concessonen auf kirchlichem Gebiete gewähren wird, hiervon sagt Hr. Windthorst kein Sternbündwörtchen. Aber er wird wol wissen, warum.“

Ebensfalls über diese Stellung der Ultramontanen zu jener brennenden Frage der Eisenbahnen äußert sich die National-Liberale Correspondenz so: „Niemand wird sich darüber täuschen, daß das Centrum die Eisenbahnvorlagen auch ohne lästige Garantien &c. zu bewilligen bereit ist, wenn ihm auf einem andern Gebiete (dem kirchlichen) der entsprechende Lohn in Aussicht steht, und daß seine bisherige Zurückhaltung mit dem Preise eben nur die Praxis eines geschickten Handelsmannes ist. Diese un würdige Ge pflogenheit, auf dem einen Gesetzgebungsgebiete zu bezahlen, was auf dem andern empfangen wird, hat unzweifelhaft zuerst das Centrum in unser politisches Leben eingesetzt.“

— Die «Germania» schreibt in ihrer Wochenschrift: „Ob das neue Abgeordnetenhaus conservativ-liberal oder conservativ-leral sein werde, das ist die immer noch schwedende Frage. Man kann es den «Liberalen» nicht verargen, wenn sie den sehnlichsten Wunsch hegen, daß Centrum möge dupirt werden, und also zu dem Zwecke der Verdrängung des Centrums aus der ausschlaggebenden Stellung mit dem Eifer und den Künsten einer alternden Kolette sich dem Fürsten Bismarck an den Hals werfen. Wie weit die «Liberalen» mit dem Fürsten Bismarck zusammengehen können, und wann ihre Wege sich scheiden müssen, haben wir schon erörtert. Wir geben gern zu, daß dieses Prognosticon auf der allerdings etwas willkürlichen Annahme basirt, daß ganz hinten in der national-liberalen Mannesseele noch ein «Non possumus» schlummere. Sollten wirklich die Feinde des Centrums darauf speculiren, daß nicht blos in wirtschaftlichen, sondern auch in kirchenpolitischen Dingen das «liberale» Princip zum Harakiri vor dem Willen Bismarck's und Puttkamer's entschlossen sei, so wollen wir ihnen die ärgerliche Versicherung nicht vorenthalten, daß die Centrumsfraction selbst dann noch nicht «dupirt» ist. Wie die halbamtlche Provinzial-Correspondenz neuerdings mit auffallender Exakteit constatirt hat, ist die Zustimmung des Centrums zu der Zollreform nur allein aus in der Sache liegenden Gründen, ohne directe oder indirekte Abmachungen oder Versprechungen irgendwelcher Art über irgendwelche andere politische Angelegenheiten, erfolgt.“

Holt ein Passus, der speciell gegen Hrn. v. Ben-
igsen gerichtet ist.

Die Kreuzzeitung schreibt: „Bemerkenswerth ist es, daß sich in national-liberalen Kreisen plötzlich eine Art gehobener Stimmung kundgibt; die Niedergabe bei der Wahl scheint so ziemlich verschmerzt zu sein, es scheint, als ob es nur darauf ankomme, wie aus der Situation, welche nun einmal vorliegt, der größte Vortheil zu ziehen sei. Die National-Zeitung basirt ihre Hoffnungen auf den Artikel in der letzten Provinzial-Korrespondenz.“

— Man schreibt der National-Zeitung: „Der Gesetzentwurf betreffend Vertheilung der aus der Reichssteuerreform zu gewinnenden Ueberschüsse, welcher im Finanzministerium geplant und selbst in Ausarbeitung genommen ist, bringt einen ganz neuen Modus der Steuerermäßigung in Vorschlag und gewinnt somit eine besondere sociale Bedeutung. Die auf Grund des Gesetzes erfolgenden Steuernachlässe sollen nämlich nicht mehr wie bisher allen Steuerklassen zugleich in angemessenem Verhältnisse zugute kommen, sondern je nach dem Betrage der Ueberschüsse einzelne Steuerklassen, von der niedrigsten angefangen, freien. Die Ermäßigung ist so berechnet, daß bei

einer gewissen zur Verfüigung stehenden Summe die unterste Stufe der Klassentheuer von einer vollen Monatsrate entlastet wird; bei steigenden Überschüssen würden sodann die folgenden Steuerstufen die Ermäßigung einer gleichen Rate genießen. Für den Fall, daß die verfügbaren Summen noch weiter reichen, sollen die fünf ersten Stufen der Einkommensteuer in gleicher Weise und in derselben Abstufung an der Ermäßigung teilnehmen. Selbstverständlich würde in günstigen Jahren nicht bei dem Nachlaß einer einzigen Monatsrate stehen geblieben werden, sondern weitere Monatsraten nach derselben Reihenfolge im Wegfall kommen. Der Gesetzentwurf stützt sich zwar mit seinen Vorschlägen ganz auf unsere jetzige Steuergesetzgebung, in der Begründung wird aber ausgesprochen, daß unser Klassentheuersystem einer gründlichen Reform bedürfe und daß eine solche ernst im Auge behalten werden würde."

— Die National-Zeitung verhält sich zu der beabsichtigten Weltausstellung in Berlin etwas reservirt. Sie sagt: „Wir sind weit entfernt davon, diese Betrachtungen (über die pariser Weltausstellung) als maßgebend für die Pläne zu betrachten, mit welchen jetzt einer Weltausstellung für Berlin von seiten des Ausschusses des Deutschen Handelstages näher getreten werden soll. Wir halten auch das, was man in Wien erlebt hat und, wie wir meinen, in Paris erlebte, keineswegs für die nothwendigen und unabwendbaren Folgen solcher Unternehmungen. Wir überlassen es vielmehr eingehenderen Betrachtungen, den Zusammenhang besser aufzulären, und stellen nur für die Ausstellung in Wien wie für die von Paris fest, daß sie auf dem Boden einer unsichern Situation erwachsen und bestimmt waren, durch äußern Glanz über innerlich höchst schwierige Verhältnisse wegzutäuschen. Wir wollen hoffen, daß, was man auch in Berlin unternehmen mag, auf den Unterbau solider und tragfähiger Verhältnisse begründet wird. Unser Urtheil darüber gesetviren wir uns selbstverständlich durchaus und in jeder Beziehung.“

— Das Berliner Tageblatt enthält Folgendes: „Be treffs Ausführung des Klostergesetzes waren vom früheren Cultusminister Dr. Hall detaillierte Vorschriften erlassen, namentlich waren die Landräthe angewiesen worden, jedes halbe Jahr Nachweisungen über den Personalbestand der klösterlichen Niederlassungen aufzustellen und dieselben der Regierung einzureichen. Es war diese letztere Vorschrift hauptsächlich deshalb erlassen worden, um kontrolliren zu können, ob nicht in unbefugter Weise neue Mitglieder aufgenommen seien. Denn für die Mehrheit der Orden verbietet das Klostergesetz, wie bekannt, die Aufnahme von neuen Mitgliedern, und nur für Orden, die sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, kann vom Ministerium die Ernächtigung zur Aufnahme neuer Mitglieder gestattet werden. Neuerdings ist, wie verlautet, auf höhere Weisung von Berlin, im Regierungsbezirk Minden von der Regierung den Landräthen die Eröffnung gemacht worden, daß die halbjährlichen Nachweisungen über den Personalbestand der klösterlichen Niederlassungen ehrner nicht mehr einzureichen seien. Wenn diese Meldung sich bestätigt, so wäre damit der erste Schritt auf einer Bahn der Nachgiebigkeit gethan, auf der s, wie die Erfahrung dargethan, einen Stillstand überhaupt nicht mehr gibt.“

— Ueber die Schulverhältnisse in Rade vorw
Bald erfährt die «Post» Folgendes „von authen-
scher Seite“:

Es bestand daselbst bisher eine dreiklassige evangelisch-lutherische, eine zweiklassige evangelisch-reformierte, eine einklassige altlutherische, eine einklassige katholische Volkschule und eine allen diesen gemeinsame Unterklasse. Am 3. April 1876 hatte die königliche Regierung zu Düsseldorf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, diese Schulen in einem paritätischen System zu vereinigen, genehmigt; die Verheilten haben sich aber erst im April d. J. über die Einrichtung der neu zu bildenden Schule vereinigt und am 9. Mai d. J. die Genehmigung der Regierung für Errichtung einer achtklassigen Schule erlangt. Da deren Organisation vollendet war — man hatte allerdings am 18. Juli d. J. die Kinder auf acht Klassen verteilt, aber der neuen Einrichtung fehlten noch Lehrplan, einheitliche Lehrbücher, lsf ausreichende Lehrkräfte —, beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 21. Aug. d. J. mit zehn gegen sieben Stimmen unter Aufhebung ihrer selbsternannten Beschlüsse den Fortbestand der bisherigen vier Confessionschulen. Diesem Beschluss der Verheilten hat der Cultusminister insoweit eine Zustimmung ertheilt, als er den Fortbestand der altlutherischen und der katholischen Volkschule genehmigt; im übrigen verblieb es jedoch bei der Vereinigung der bisher trennten evangelisch-reformierten und evangelisch-lutherischen Volkschulen nach der Verfüllung vom 23. Sept. Der Fortbestand der bisherigen gemeinsamen Unterklasse ist er von dem Prokura eines Schulamtes am 1. Oct. 1877 bestätigt worden.

— Pastor prediger Stöcker hatte gegen den Börsen-
courier und das Deutsche Montagsblatt eine Klage
in der Berliner Staatsanwaltschaft eingereicht. Wie
die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitgetheilt wird,
ist die letztere es abgelehnt, gegen die beiden Zeitungen
anzuschreiten, weil ein öffentliches Interesse hierbei
nicht berührt werde.

Zeitung geschrieben: „Bei dem gleich nach Eröffnung des hannoverischen Provinziallandtages vom Erb-landmarschall Grafen Münster ausgebrachten Hoch auf den Kaiser verließen leider wiederum vier Vertreter der Ritterschaft den Saal; indeß ist es doch trößlich, daß die Zahl dieser verbissenen Wessen alljährlich kleiner wird und daß, während früher das Verlassen des Saales in demonstrativer Weise erfolgte, die Herren jetzt thunlichst leise und mit möglichster Vermeidung jedes Aufsehens durch eine Seitenthür sich entfernen.“

Es erfolgten dann noch einige Formalitäten, wie die Wahl der Schriftführer, und wurde die Sitzung darauf geschlossen, nachdem auf die morgige Tagesordnung der Finanzetat pro 1881 gesetzt war. Von Interesse war vor Beginn der Sitzung die Begrüßung des Landesdirectors v. Bennigsen seitens der Parteigenossen aus der Provinz, die sich von allen Seiten zu ihm drängten und ihm den Dank bezeugten für die Annahme des Mandats zum Landtage. Jedem aber mußte es klar werden, daß unser altbewährter Partei-führer nur mit schwerem Widerstreben diesen Entschluß gesetzt hatte, und daß er wirklich durch diese Willkürigkeit gegen den allgemeinen Wunsch der Partei persönlich ein schweres Opfer bringt."

— Der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung berichtet man aus Langensalza: „An Se. Maj. den Kaiser und König haben während der diesjährigen Sommerferien vier vaterlose Schulknaben, Schüler der 2. Klasse der sechsklassigen Volkschule in Langensalza, auf eigene Hand die nachstehende Bittschrift abgesandt:

Ew. Maj. wird entschuldigen, daß wir einige Zeilen an Ew. Kaiserl. Höh. schreiben. Wir werden zu Ostern mit dem 14. Lebensjahre aus der Schule entlassen und bitten Ew. Kaiserl. Höh., uns auf die Unteroffiziersvorrichtung zu nehmen, da wir große Lust und Liebe zum Soldatenstande haben. Wir sind vier vaterlose Kinder, und unsere Mütter sind zu arm, uns zu ernähren. Wir haben unsorgenommen, einmal tüchtige Soldaten zu werden und unsere Mütter, so Gott will, einmal im Alter zu unterstützen. Würden Ew. Maj. gnädigst unsere Bitte erfüllen, so würden wir uns herzlich darüber freuen. Wir werden so gut wie möglich unsere Soldatenpflicht erfüllen, die uns beigelehrt wird. Haben wir Ew. Kaiserl. Maj. nicht doch genug gepréisen, so bitten wir um gnädige Verzeihung. Folgen die Unterschriften.)

Dieser Tage nun ist aus dem Kriegsministerium eine zusagende Antwort für die unterzeichneten Knaben eingetroffen, mit der Weisung, die nöthigen Bezeugisse sc. beizuschaffen.“

Württemberg. Der Reichstagabgeordnete für Stuttgart, württembergischer Kammerpräsident v. Höller, hat seinen Wählern einen Reichstagsbericht über seine Tätigkeit im Reichstage erstattet. Nach der Württembergischen Landeszeitung hat er sich folgendermaßen geäußert:

Es kam die Frage der konstitutionellen Garantien (Antrag Bennigsen) und der Antrag Frankenstein. Redner kann sich heute noch nicht überzeugen, daß im Effect ein wesentlicher Unterschied zwischen den (bekannten) Anträgen Bennigsen's und Frankenstein's bestehen sollte. Rämentlich bei uns Südbürgern lag gar keine Gefahr vor, daß ein unerwarteter Überfluß der Steuererträge von den Regierungen willkürlich verwendet werden könnte. Wir haben ja das Einnahmeverwaltungsrecht und könnten darüberhinaus Landessteuern vermindern. Aber auch in Preußen, wo das Abgeordnetenhaus nur das Ausgabewilligungrecht habe, hat die Regierung bestimmte Zugeständnisse gegeben. Bei etwaigen Conflicten mit der Regierung, bei welchen er, vom praktischen Gesichtspunkte aus betrachtet, nichts herauskommen sehe, hätte auch der Antrag Frankenstein indirekt vorgesorgt. Redner hält den Antrag Bennigsen formell für den besseren und er stimmt zweigen gegen Frankenstein. Als derselbe aber angenommen war, mußte Redner bei der Schlusshabstimmung über das ganze Gesetz Ja sagen; er mußte das thun in Rücksicht auf das Reich, dessen volkswirtschaftliche und finanzielle Bedürfnisse befriedigt werden mußten, mit Rücksicht auf das eigene Heimatland, das sein Deficit auf andere Weise nicht beseitigen konnte. Als gewissenhafter Mann durfte er sich nicht sagen: „Auf deine Stimme kommt es nicht an“, er mußte seiner Überzeugung Ausdruck geben,

rade als ob mit seiner Abstimmung die Vorlage siehe
er falle. (Lebhafte Beifall.) Der Schlussabstimmung sei
er noch etwas anderes vorausgegangen: der Städietag
an habe dort unter den Augen Hordenbeck's eine Allianz
der Städte gegen die Tarifvorlagen, eine Verschmelzung
der liberalen Parteien zum Kampfe gegen eine angeblich
anhörende Reaction und zugutelegt den Sozialproklamirt,
daß der sei liberal, der gegen Kornzölle sei. Im Schosse
der national-liberalen Fraction hätten schon zuvor alle An-
hänger darauf hingewiesen, daß entweder die Linke, welche
die besten Redner, aber auch die leidenschaftlichsten Theor-
äster gehabt, austreten müsse, oder er und seine Freunde,
das Centrum der national-liberalen Fraction, bestehend aus
ihigen, besonnenen Männern, die in politischen Dingen
im rechten Flügel ungleich näher standen als dem linken,
für den Freihandel eingenommen oder engagirt gewesen,
d so kam es, daß diejenigen aus der Fraction austraten,
welche bei der Schlussabstimmung für den Tarif stimmten.
Redner hat dabei ein ruhiges Gewissen und seinen guten
Guth bewahrt. Er sagte sich, daß, wenn Fürst Bismarck,
Urheber der deutschen Einheit, in dem Frankenstein'-
chen Antrage keine Gefahr für das Reich seitens des Par-
ticularismus lächte, er selbst dieser Sorge sich auch ent-
zagen könnte. Auch künftig werbe er, sei es mit wenig,
es mit vielen Freunden, diejenigen Prinzipien verbreite-
ren, die er voriges Jahr seinen Wählern als die seinigen
gezeigt. Er sei ein zu alter Parlamentarier, um sich von
Schlagwörtern imponiren zu lassen; auch das Schlagwort
"reaction" mache auf ihn keinen Eindruck. Er wisse nicht,
eine Reaction im Innern sei. Solle aber wirklich eine

bewährte Errungenschaft aufzuheben versucht werden, so werde er alles, was gut und erprobte sei, wie bisher, so auch fernher vertheidigen; er werde an den Grundprinzipien der freisinnigen Reichsgesetzgebung festhalten, einer den praktischen Erfordernissen entsprechenden Beschnidung von Auswüchsen eines übertriebenen Doctrinalismus werde er aber seine Mindestwirkung auch nicht versagen.

Elsaß-Lothringen. Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Metz vom 17. Oct.: „Gestern Vormittag machte der Statthalter Besuch und besichtigte auch die Kathedrale. Bei dem Diner am Nachmittag hatten der Bischof und die meisten Mitglieder des Municipalrates der Einladung nicht Folge geleistet; dagegen war der Generalvikar des Bischofs anwesend. Der Statthalter brachte bei dem Diner auf das Wohl der Stadt Metz folgenden Trink-

spruch aus:

Als ich meine Gäste bat, bei mir zu speisen, war meine Absicht, die Mitglieder der gewählten Körperschaft der Stadt Metz um mich versammelt zu sehen. Mit Ausnahme des Stadtrathes Mayer hat keins derselben meiner Einladung entsprochen. Diese Verlegung der Höflichkeit wird die Sympathien nicht beeinträchtigen, welche ich für die Stadt Metz und ihre Bewohner habe. Lassen Sie dieselben meines Wohlwollens sich versichert halten! Ich trinke auf das Wohl der Stadt Metz!

Um 6 Uhr 15 Min. reiste er nach Straßburg zurück.“

Desterrreich-Ungarn.

Die Deutsche Zeitung sagt über die Rede des Lords Salisbury in Manchester:

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit ein englischer Minister sich bei einem Bauer in einer demütigen Rede, in einer Rede, die der Geschichte angehört, zum Frieden mit dem Russland anstrengte und damit eine neue Welt geschaffen zu haben, „to redress the balance of the old“ — um damit das Gleichgewicht der alten Mächte herzustellen! Seit den Tagen George Canning's hat vielleicht kein englischer Minister, den Feuerbrand Palmerston ausgenommen, so stolz gesprochen wie gestern Lord Salisbury, und daß er „Schwert sprach“ gerade in jener Stadt, nach deren Namen sich die englische Friedenspartei par excellence nennt, das verdeutlicht seiner Rede neben dem zarten Ernst, der ihr innwohnt, noch einen unerträglichen Prunk und Pracht. Die Rede Lord Salisbury's ist nicht hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die man an sie faßte. Seit Wochen war mitgeteilt worden: der Staatssekretär des Neuen werde in Manchester einen großen Speach halten, der als Programm der Regierung dienen könne. Das Versprechen ist eingehält, und wie weiland George Canning seinen Landsleuten zufiel, daß er eine demokratische neue Welt geschaffen habe, um der absolutistischen alten ein Paroli zu bieten, so proclamirt sein Nachfolger im Foreign Office, daß er sich für berufen halte, eine Combination zu schaffen, welche die russische Machtausbreitung hindern und das Gleichgewicht des Orients und die Freiheit der Welt dadurch sichern werde. Das Ziel der britischen Orientpolitik sieht er darin: den fortschreitenden Machtausbreitung des Russlandes entgegenzutreten und nicht ein panslawistisches Weltreich zu Stande kommen zu lassen, das mit dem einen Fuß im Atlantischen Ocean, mit dem andern im Mittelmeer stände und, den Traum Peter's des Großen verwirklichend, Österreich und Deutschland zur Vasallenchaft degradierte. . . . Der Vorgänger Lord Salisbury's, Graf Derby, scheint einen Augenblick daran gebacht zu haben, aus Griechenland das Gegengewicht gegen Russland und den Pan-Slawismus zu machen; sein Nachfolger setzt in die Hellenen kein Vertrauen. Er hat ein besseres Gegengewicht entdeckt: Österreich. Unsern Staate vindictet er den Ruf, der russischen Entwicklung entgegentreten und als Barriere gegen den Pan-Slawismus zu fungieren. Der Gedanke ist nicht neu; neu ist die Unumwundenheit, mit der ihn der englische Minister anspricht. Selbst für einen englischen Diplomaten geht Lord Salisbury sehr weit. Die Macht und Unabhängigkeit Österreichs sind ihm zufolge die beste Barriere gegen Russland, und die Sympathie, mit welcher der englische Minister die „Journalnachrichten“ von der vollzogenen österreichisch-deutschen Annäherung begrüßt, werden den petrobourger Staatsmännern unangenehm genug in die Ohren klingen.

Italien.

Auf die bekannte Broschüre des Obersten v. Haymerle: „Italicas res“, ist von der Associazione in più dell' Italia irredenta unter dem Titel „Pro Patria“ eine Antwort erfolgt, welche viel Aufsehen erregt. Dieselbe erschien bei R. Banichelli in Bologna (in Commission bei F. A. Brochhaus in Leipzig) und liegt bereits in zweiter Auflage vor.

Frankreich.

* **Paris.** 20. Oct. Das Journal officiel veröffentlicht eine Note, der zufolge der zwischen Frankreich und Belgien unter dem 23. Juli 1873 geschlossene Handels- und Schiffsvertrag, wie schon zuvor der französisch-englische, vorbehaltlich der Zustimmung der belgischen Kammer auf sechs Monate vom Tage der Promulgation des neuen französischen allgemeinen Zolltarifs verlängert wird.

Die France bestätigt heute auf das energischste das Démenti des offiziellen italienischen Diritto bezüglich einer angeblichen Unterredung des Generals Cialdini mit einem Reporter des Figaro, wobei das genannte Blatt hinzufügt, daß alle Missverständnisse, welche das Entlassungsgebot des Botschafters veranlaßt, glücklich beseitigt seien.

Der Ministerwechsel in der Türkei wird von leitenden Blättern wie dem Journal des Débats und der République française auf das schärfste kritisiert. Man befürchtet daraus ungünstige Consequenzen für die Lösung der griechisch-türkischen Frage.

Wie der Gaulois meldet, wird die Kaiserin Eugenie im Februar nach dem Buluslande reisen, um an der Stätte, wo ihr Sohn fiel, zu beten.

Großbritannien.

+ London, 20. Oct. Der Berliner Correspondent der Times gedenkt in seinem heutigen Artikel mit einigen schönen Worten des Geburtstages des Kronprinzen des Deutschen Reiches, und spricht bei dieser Gelegenheit die Ansicht aus, wie man der Reise des Cäsarewitsch politische Absichten bezüglich des Heranziehens der skandinavischen Länder und einer russischen Allianz zur Bestrafung des widerspenstigen Deutschen Reiches zuschreibe, so werde die Reise des Kronprinzen, abgesehen von deren nahe liegenden persönlichen Motiven, als ein Gegenschlag angesehen, unternommen, um den König Humbert zu einer gemeinsamen Action gegen slawische Uebermacht zu bewegen.

Als ich meine Gäste bat, bei mir zu speisen, war meine Absicht, die Mitglieder der gewählten Körperschaft der Stadt Metz um mich versammelt zu sehen. Mit Ausnahme des Stadtrathes Mayer hat keins derselben meiner Einladung entsprochen. Diese Verlegung der Höflichkeit wird die Sympathien nicht beeinträchtigen, welche ich für die Stadt Metz und ihre Bewohner habe. Lassen Sie dieselben meines Wohlwollens sich versichert halten! Ich trinke auf das Wohl der Stadt Metz!

Um 6 Uhr 15 Min. reiste er nach Straßburg zurück.“

Die Deutsche Zeitung sagt über die Rede des Lords Salisbury in Manchester:

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit ein englischer Minister sich bei einem Bauer in einer demütigen Rede, in einer Rede, die der Geschichte angehört, zum Frieden mit dem Russland anstrengte und damit eine neue Welt geschaffen zu haben, „to redress the balance of the old“ — um damit das Gleichgewicht der alten Mächte herzustellen! Seit den Tagen George Canning's hat vielleicht kein englischer Minister, den Feuerbrand Palmerston ausgenommen, so stolz gesprochen wie gestern Lord Salisbury, und daß er „Schwert sprach“ gerade in jener Stadt, nach deren Namen sich die englische Friedenspartei par excellence nennt, das verdeutlicht seiner Rede neben dem zarten Ernst, der ihr innwohnt, noch einen unerträglichen Prunk und Pracht. Die Rede Lord Salisbury's ist nicht hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die man an sie faßte. Seit Wochen war mitgeteilt worden: der Staatssekretär des Neuen werde in Manchester einen großen Speach halten, der als Programm der Regierung dienen könne. Das Versprechen ist eingehält, und wie weiland George Canning seinen Landsleuten zufiel, daß er eine demokratische neue Welt geschaffen habe, um der absolutistischen alten ein Paroli zu bieten, so proclamirt sein Nachfolger im Foreign Office, daß er sich für berufen halte, eine Combination zu schaffen, welche die russische Machtausbreitung hindern und das Gleichgewicht des Orients und die Freiheit der Welt dadurch sichern werde. Das Ziel der britischen Orientpolitik sieht er darin: den fortschreitenden Machtausbreitung des Russlandes entgegenzutreten und nicht ein panslawistisches Weltreich zu Stande kommen zu lassen, das mit dem einen Fuß im Atlantischen Ocean, mit dem andern im Mittelmeer stände und, den Traum Peter's des Großen verwirklichend, Österreich und Deutschland zur Vasallenchaft degradierte. . . . Der Vorgänger Lord Salisbury's, Graf Derby, scheint einen Augenblick daran gebacht zu haben, aus Griechenland das Gegengewicht gegen Russland und den Pan-Slawismus zu machen; sein Nachfolger setzt in die Hellenen kein Vertrauen. Er hat ein besseres Gegengewicht entdeckt: Österreich.

Der Globe widmet dem zum Mitgliede des hauptstädtischen Municipalrates gewählten „Bürger“ Humbert einen Artikel, welchem wir einige Einzelheiten über den Lebenslauf dieser von den Radicalen auf dem Schild gehobenen „Persönlichkeit“ entnehmen. Alphonse Humbert ist heute ein Mann von 35 Jahren; er tauchte unter dem Kaiserreiche zuerst als Mitarbeiter verschiedener demokratischer Journale, unter anderm der „Marshall“ und des „Cir du Peuple“, auf und erlitt damals drei Verurtheilungen wegen politischer Vergehen. Während der Belagerung von Paris war er Mitarbeiter eines von Blanqui geleiteten Journals und wurde dann ein eifriger Vertheidiger der Commune. Mit Vermisch übernahm er damals die Redaktion des „Père Duchêne“ und schrieb in dieses Blatt seine bereits wiederholt erwähnten festigen Brandartikel. Nach der Niederwerfung des Aufstandes durch die versailler Truppen wurde Humbert vom Kriegsgerichte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt und nach der Insel Nou deportiert, bis er dann durch die Amnestie befreit wurde.

Russland.

Die Besetzung von Merw durch die Russen ist zwar nach einem neuern Telegramm noch nicht bestätigt, doch bleibt dieselbe immerhin sehr wahrscheinlich. Über die Bedeutung dieses neuen Vorschrittes Russlands gegen Indien hin stellt die wiener „Presse“ folgende Betrachtungen an:

Um die ganze Tragweite der betreffenden Nachricht zu verstehen, muß man sich die geographische Lage von Merw vergegenwärtigen. Diese Metropole der Turcomanenfamilie ist von der afghanischen Grenze, und zwar speciell von der Grenze der afghanischen Stathalterchaft Herat, in der Luftlinie nicht so weit entfernt wie Graz von Wien. Das Zwischenland ist nicht, wie dies bei den Distrikten der Hall war, durch welche die Russen marschierten, um nach Merw zu gelangen, eine unwirthliche Steppe, sondern reichlich bewässert und stellenweise ganz gut bebautes Hügelland.

Die Distanz von der Grenze bis Herat ist ebenfalls

so groß wie jene von Graz bis Laibach. Für central-asiatische Verhältnisse sind diese Entfernung da, wo wie im vorliegenden Falle Wasser und Weide für ein durchgehendes Armeecorps reichlich vorhanden ist, von ganz keiner Bedeutung. Sie können von einem mit Reiterei und Kavallerie versehenen Corps binnen einem halben Monat, von einem fliegenden Corps in viel kürzerer Zeit zurückgelegt werden.

Die Russen sind mit einem Korps der unmittelbaren Grenzbarbar der afghanischen Provinz Herat geworden, jener Provinz, aus welcher die

Regimenter nach Kabul gekommen waren, denen man die Schuld an dem Aufstande gegen den Emir Jakub-Khan und an dem Gefandtnis zu zugeschrieben hat. Erwähnt man, daß England gegenwärtig ganz Afghanistan in seine Unabhängigkeit zu bringen sich genötigt sieht, daß gegen General Roberts in Kabul eine neue Insurrektion aufkommt, so kann man sich nicht verhehlen,

dass der britische Befehlshaber, wenn er mit diesen Scharen fertig werden will, genötigt ist, sie bis in ihre Heimat zu verfolgen, daß zu allem noch die Unsicherheit bezüglich der

Wiedereinführung Jakub-Kahn's oder der Einschaltung eines neuen Regenten kommt, so kann man sich nicht verhehlen,

dass die afghanische Frage über Nacht wieder eine sehr ernste Wendung genommen hat.

Das Zusammentreffen dieses neuen Erfolgs der russischen Waffen in Asien (wenn er sich bestätigt) mit dem offenbar für Russland günstigen, wahrscheinlich von Russland aus mit veranlaßten Ministerwechsel in Konstantinopel macht diese beiden Ereignisse doppelt bedeutsam.

— Über den Ausfall der Getreideernte in Russland läßt sich die Nowoje Wremja so aus:

Die Berichte des Zollamts haben zwar ergeben, daß die Getreideaufzehr in der zweiten Hälfte der diesjährigen Schiffahrtsaison sich verstärkt hat und der Ausfuhr im vergangenen Jahr gleichgekommen. Es ist aber kaum vorauszusehen, daß wir noch mehr Getreide verkaufen können. In einigen Gegenden Russlands macht sich Mangel an Getreide fühlbar und man wird genötigt sein, aus andern Gebieten, welche eine gute Ernte gehabt, die notleidenden Provinzen mit Getreide zu versorgen. Es ist selbstverständlich, daß auch bei uns die Kornpreise steigen werden. An der Petersburger Börse wurde in den letzten Tagen des Monats Juni Roggen (9 Rub.) mit 7 Rub. 50 Kop. bezahlt, was bereits ein hoher Preis war im Vergleich zu den früheren Jahren; gegenwärtig hat der Preis bereits die Höhe von 9 Rub. erreicht. In diesem Jahre ist fast in den meisten Gouvernements die Ernte derart ausgefallen, daß sich vor wenigen Tagen finden dürften, in denen die Bauern an ein Verkaufen ihres eingebrachten Getreides verhindert wurden.

Ägypten.

Nach Meldungen aus Kairo hat der Khedive verkündigt, daß alle hochgestellten Personen, wie die Prinzen, Paschas, hohen Beamten etc., ebenfalls zur Steuerzahlung herangezogen werden sollen. Diese Bestimmung wird auch auf die Dairia Anwendung finden. Bisher waren alle jene Personen steuerfrei oder weiteten sich vielmehr, ihren Theil an den Lasten des Staates zu tragen. Den betreffenden Personen ist eine Frist von zehn Tagen gestellt, um die rückständigen Steuern (ungefähr 7½ Mill. Frs.) zu bezahlen. Halten sie diese Frist nicht inne, so werden ihre Güter mit Beschlag belegt.

China.

Die Hongkong Daily Press berichtet über Rüstungen in China. Die Küste wird befestigt; die großen Flussmündungen werden mit Vertheidigungsmitteln versehen; in den Arsenalen soll fleißig gearbeitet werden; schwere Geschütze sind in Europa bestellt; vier neue Kanonenboote sind aus England in Hongkong eingetroffen. Außerdem soll die chinesische Regierung neuerdings auf den Tynewersten ein Doppelhurmschiff in Bestellung gegeben haben. Rekruten werden mittels höherer Löhne angelockt. „Wer der nächste Feind sein werde“, sagt das Blatt, „das mag vielleicht noch nicht entschieden sein, allein die Minister zu Peking hegen offenbar den Glauben, daß sie binnen kurzem einen sehr gefährlichen Gegner vor sich haben werden.“ Die Daily Press vermutet diesen Gegner in Russland, möglicherweise auch noch in Japan.

Königreich Sachsen.

Der Dresdner Anzeiger schreibt: „Über das Verfinden des Regierungsraath Dr. Roscher lautete das ärztliche Parere am 19. Oct.: „Der Kranke hat gut geschlafen und zeigt Appetit; sein Fieber. Die erste Verwundung erscheint ziemlich geheilt; die andere er-

folgt bei Wechsel des Bandes keine Schwellung und Entzündung und nur geringe Excretion. Die Kugel ist nirgends zu fühlen. (Gez.) Dr. Kießling.“ Am folgenden Tage ist keine Veränderung eingetreten. Auffällig erscheint in vorstehendem Bericht die Bemerkung „erste Verwundung“, da man von einer zweiten bisher nichts vernommen hat, ebenso die Meldung, daß die Kugel nirgends zu fühlen sei, nachdem erst berichtet worden sei.“

Zum Duell Billig-Roscher wird der Dresdner Zeitung unter dem 21. Oct. „von competenter Seite“ geschrieben:

Über das Billig-Roscherische Duell sind noch immer vollständig einleitige und natürlich deshalb auch völlig unrichtige Berichte im Umlauf. Noch bei dem Duell, nach dem zweiten Kugelwechsel, machte Billig's Secundant Vermittelungsvorschläge, die jedoch Roscher's Secundant ablehnte. Nach dem Duell, welches übrigens auf sächsischem Boden (auf den Schießständen des Regiments Nr. 102) stattfand, stellte sich Dr. Billig selbst den Behörden. Der Gerichtshof sandte eine Inhaftnahme nicht nötig, und so befindet sich Dr. Billig auf freiem Fuße in Zittau. Roscher's Verfinden ist den Umländern nach äußerst günstig. Die Dresdner Nachrichten wollten seinerzeit wissen, daß das Duell gleichzeitig durch confessionelle Gründe mit herbeigeführt worden sei. Dies erweist sich als aus der Luft gerissen, da Billig nicht, wie genanntes Blatt bemerkte, Jude, sondern, wie uns mitgetheilt wird, Christ ist.

Die Dresdner Zeitung nimmt von dem unglücklichen Vorfall in oder bei Zittau Anlass, über den „Missbrauch der Presse“ sich auszulassen, der nämlich mit anonymen Schmähungen und Verleumdungen getrieben werden werde. Sie richtet folgende Mahnung an das Publikum:

Bergt ein Blatt die Gebote der Ehre und des Anstandes, missbraucht es die weitreichende und darum so gefährliche Macht, über die es verfügt, zu böswilliger Schädigung von Personen, so übernehme das Publikum die Pflicht der Rettung! Es gebe keinen Willenswilen, keinen Abschluß zu erkennen! Es lese kein Blatt, das gewöhnlich die Spalten seiner Intervale den feigen Autoren anonyme Verleumdungen öffnet! Es unterstütze keine Zeitung, die vom Standpunkt lebt, die den niedrigen und gemeinen Leidenschaften der menschlichen Natur fröhlt, um ihre Besitzer zu reichen Leuten zu machen! Auch von der Presse gilt, was man von der Kunst gesagt hat. Nicht blos die Künstler

Leipziger Börse.

22. Oct.

Wechsel.

			St. 78	Eins-Term.			St. 78	Eins-Term.				
Amsterdam pr. 100 Ct. f.	{ k. S. p. 8 T.	188,50 G	Berlin-Görlitzer 100 f.	0	1/1	—	Teplitzer Stadt-Anleihe & 300 f.	1	1/1, 1/7	34,75 G		
Brüssel und Antwerpen pr. 100 Fos.	{ k. S. p. 8 T.	167,50 G	Berl.-Potsdam-Magdeb. 100 f.	31/2	do.	99,50 G	Wiesner Commun.-Anl. v. 1000-200 f.	1	do.	102,50 G		
London pr. 1 L. Sterl.	{ k. S. p. 8 T.	86,45 G	Berlin-Stettin v. 200 u. 100 f.	3,45	1/1, 1/7	189 G	Amerik. 6% Anl. pr. 1881/1900, 500 f.	1,1	1/7	102,60 G		
Paris pr. 100 Francs	{ k. S. p. 8 T.	79,70 G	Böhmisches Nordbahn 1500 f.	0	1/1	149 B	do. do. - 1885/1900, 50 f.	1,1	1/7	102,60 G		
Petersburg pr. 100 Silb. Rubel	{ k. S. p. 8 T.	20,25 G	Breal-Schweidn.-Freib. 100 f.	31/2	do.	181,75 G	do. 5% Anl. Fund. 20 Doll. G. 1/3	1/2, 8/11	101,30 G			
Warscha v. 100 f. in Oesterl. Wahr.	{ k. S. p. 8 T.	80,45 G	Busechthrad. Lit. A. & 250 f.	2,25	do.	65 G						
Wien pr. 100 f. in Oesterl. Wahr.	{ k. S. p. 8 T.	80,05 G	do. Lit. B. & 200 f.	0	do.	19 hs						
Benische Fonds. %	Eins-Term.		Chammitz-Wirschnitz & 100 f.	13/2	1/1	149,75 B						
Deutsch. E.-Anl. 1877 v. 5000-3000 f.	1/4, 1/10	98 B	Cottbus-Grossenhain & 100 f.	1	do.	45 G						
do. do. v. 1000 f.	do.	98 B	Galis. Carl-Ludwig v. 200 f.	6,214	1/1, 1/7	183,75 B Kligr. —						
do. do. v. 500-200 f.	do.	98 B	Groß-Köditzcher Elm. I. f.	0	1/1	5,75 B						
X. B. Banteanal. v. 1878 v. 5000-3000 f.	1/1, 1/7	75 B	Halle-Sorau-Guben & 100 f.	0	1/1	14,75 B						
do. do. do.	do.	75 B	König.-Ludwigsh. & 100 f.	0	1/1	141,25 B						
do. do. v. 1000 f.	do.	75 B	Mains-Ludwigsb. & 100 f.	4	1/1, 1/7	79,75 B						
do. do. v. 500 f.	do.	75 B	Oberschl. Lit. A. C.D.E. 1000 f.	31/2	do.	164,75 B						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	do. —	—	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Oest.-Franz.-Staatsb. & 500 f.	6	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Rechts Oder-Ufer & 200 f.	7	do.	40,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	do. Lit. B. & 250 f. gar. 4	4	1/4, 1/10	144,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Rheinische & 250 f.	4	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Rheinische & 100 f.	4	do.	48,50 B						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Stadt-Oesterl. (Lombard.) & 500 f.	0	1/1, 1/11	—						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Thür. Lit. A. & 100 f.	8	1/1	141,25 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	do. B.-Gotha-Linf. gar. 4	4	do.	95 B						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	do. C. (Gera-Eisch.)	41/2	do.	108,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	Weimar-Gera & 100 f.	0	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	(41/2% gar. bis 1886) 41/2	41/2	do.	45 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	do. (21/4 comt.)	31/2	do.	25,25 G						
do. do. v. 100 f.	do.	75 B	free. do.	7,50 B	do.	—						
X. S. St.-Anl. v. 1880 v. 1000 u. 500 f.	1/1, 1/10	98 B	Eisenbahn-St.-Pr.-Action.									
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Altenburg-Zeitz & 100 f.	5	1/1	184 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Chemnitz-Aus-Ador. & 300 f. Zürck- gesellsch. 15% gar. foc.	6	do.	42 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Cottbus-Grossenhain & 200 f.	8	do.	95,75 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Dux-Bedenbach Lit. A.	—	do.	51 B m. Comp.						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. do. Lit. B.	—	do.	48 B p. 1, 7, 81.						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Gera-Plauen & 200 f. Zürckges. 33/4% in 3% B. feo.	0	do.	25 Q						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Halle-Sorau-Guben & 200 f.	0	do.	65,25 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Kohlfurt-Falkenb. & 200 f.	0	do.	25 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Leipzig-Gaschwitz-Mensselw. 5	21/2	do.	74 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Magnsb.-Halberst. & 100 f.	41/2	do.	85,25 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Weimar-Gera & 200 f.	0	do.	29 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Zwickau-Lengenf.-Falkenb. Zürckgesell. abg. 140 p. Stück	0	do.	26 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. M. 15 G	—	do.	—						
X. S. Landrentenb. v. 1000 u. 500 f.	1/1, 1/10	98 B	Eisenbahn-St.-Pr.-Action.									
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Allg. D. Cr.-A. u. Leipz. & 100 f.	61/2	1/1	138,25 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Berl.-Disc.-Gen. Anth. & 200 f.	61/2	do.	165,75 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Chemnitz-BR.-Verein & 100 f.	2	do.	86 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Coburger Cred.-Gen. & 100 f.	41/2	do.	79 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Darmstädter Bank & 250 f.	61/2	1/1, 1/7	133,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Deutsche Bank & 200 f.	61/2	1/1	137,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Eff. u. Wechselbank (v.L.A.H.) 40% Es. 100 f.	81/2	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Vereinsbank & 200 f.	3	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Dresdner Bank & 200 f.	7	do.	116,50 G J. 111 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Geraer Bank & 200 f.	5	do.	87,25 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Hds.-Cr. Bank & 100 f.	0	do.	41 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Gethaer Privat-Bank & 200 f.	51/2	do.	85 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Leipziger Bank & 250 f.	51/2	do.	118,75 B & G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Kassener-Verein & 100 f.	51/2	do.	95 B						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Disconto-Ges. & 100 f.	41/2	do.	78,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	do. Wechsler-Bank & 200 f.	4	do.	—						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Zurückgesell. ab 270 p. Stück	0	do.	17,50 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Meldinger Cred.-Ans. & 100 f.	21/2	do.	83,25 G						
do. do. v. 100 f.	do.	98 B	Oberlausitzer Bank & 20									

